

29. Januar 2018

Deutscher Bibliotheksverband fordert von Koalitionsparteien Unterstützung für die zentralen Anliegen der Bibliotheken

Berlin. Anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD erinnert der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) die Verhandlungspartner an die zentralen Anliegen der Bibliotheken für ihre Nutzerinnen und Nutzer, die er bereits in seinen "Wahlprüfsteinen" zur Bundestagswahl thematisiert hat. Bibliotheken haben als Orte der Wissensvermittlung eine Schlüsselfunktion. Damit Bibliotheken auch in Zukunft ihre zentralen öffentlichen Dienstleistungen erbringen können, müssen ihre Rolle und Aufgaben in der digitalen Welt verbindlich und konsequent weiterentwickelt werden.

Als Akteure der Kultur- und Bildungslandschaft ermöglichen Bibliotheken durch ihre vielfältigen Angebote für alle Generationen und Bevölkerungsschichten auch Zugang und Orientierung in den digitalen Wissenswelten. Um diese Aktivitäten den Bedarfen anzupassen, ist die Einbindung der entsprechenden Bibliotheksangebote in übergeordnete Strategien der Bundesregierung, zum Beispiel zur Bildungspolitik oder der Digitalstrategie, unbedingt notwendig.

Daneben benötigen die Bibliotheken zur zeitgemäßen Wahrnehmung ihrer Aufgaben eine gesetzliche Regelung zur Ausleihe von E-Books – analog zu den physischen Büchern. Die Umsetzbarkeit unter geltendem europäischem Recht wurde bereits 2016 vom Europäischen Gerichtshof bestätigt. Damit für die Autoren faire Bedingungen gelten und die Autoren und Autorinnen entsprechend honoriert werden können, schlägt der dbv bereits seit langem die Erweiterung der sog. Bibliothekstantieme auf E-Books vor.

Bibliotheken sind schwellenlose öffentliche Orte für Kultur, Kommunikation und für die persönliche Entwicklung und müssen entsprechend der zeitlichen Disponibilität der Bevölkerung, insbesondere auch der Familien, erreichbar und geöffnet sein. Daher setzt sich der dbv seit langem für die Aufnahme der Stadt- und Gemeindebibliotheken in die Liste der Ausnahmen zu § 10 des Bundesarbeitszeitgesetzes ein.

Barbara Lison, Bundesvorsitzende des dbv, sagt: „Die Bibliotheken entwickeln fortdauernd ihre zeitgemäßen Dienstleistungen für alle sozialen Schichten und Altersstufen, für Schul- und Erwachsenenbildung sowie als Anlaufpunkt für geflüchtete Menschen – dies gilt auch für digitalen Angebote. Als Vertretung der Interessen von 11 Millionen Nutzerinnen und Nutzern der deutschen Bibliotheken setzen wir darauf, dass wir bei der Umsetzung unserer Anliegen auf die aktive Unterstützung der neuen Bundesregierung bauen können.“

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) vertritt mit seinen mehr als 2.100 Mitgliedern bundesweit rund 10.000 Bibliotheken mit 25.000 Beschäftigten und 11 Mio Nutzerinnen und Nutzern. Sein zentrales Anliegen ist es, Bibliotheken zu stärken, damit sie allen Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zu Informationen ermöglichen. Der Verband setzt sich ein für die Entwicklung innovativer Bibliotheksleistungen für Wissenschaft und Gesellschaft. Als politische Interessensvertretung unterstützt der dbv die Bibliotheken, insbesondere auf den Feldern Informationskompetenz und Medienbildung, Leseförderung und bei der Ermöglichung kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger.

Kontakt: Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Maiken Hagemeister, Pressesprecherin und Leitung Kommunikation, Tel.: 0 30/644 98 99 25

E-Mail: hagemeister@bibliotheksverband.de, <http://www.bibliotheksverband.de>, <http://www.bibliotheksportal.de>